„It's the economy, stupid" (III)[1]

„Der Abgeordnete Dov Khenin (Hadash) hat ein paar praktische Vorschläge: Nationalisiert Israels Naturgas, das rund 250 Milliarden Neue Shekel *[≈ mehr als 50 Milliarden Euro]* wert sein soll; nationalisiert Israels Banken, die von uns Phantasiegebühren nehmen, rund 11 Milliarden Neue Shekel *[≈ mehr als 1,2 Milliarden Euro]* pro Jahr; nationalisiert das Tote Meer, das die Ofer-Familie ausplündert und trockenlegt; und nationalisiert die Phosphathalden und den Rest der natürlichen Ressourcen Israels. Dann baut mit all dem Geld, das von den Tycoons an das Volk gehen wird, Wohnungen für junge Leute und für sozial Schwache, korrigiert die Regierungsmaschinerie, die ihren Bürgern die Gleichheit, das Wohlergehen und die soziale Gerechtigkeit verschaffen müsste.

Es gab eine Zeit, vor den sozialen Protestbewegungen, als solche Vorschläge als surreal betrachtet wurden, räumt der hochbegabte Abgeordnete ein. Doch jetzt nach der Bewusstseinsrevolution, die im Sommer 2011 einsetzte, hören Israelis jedes Mal zu, wenn er sein sozialistisches Programm entfaltet. Es ist eine unvorhergesehene Empfänglichkeit vorhanden. Selbst Likud-Aktivisten im Süden Tel Avivs sind nicht mehr mit ihrer Partei oder Netanjahu glücklich. Sie sind bereit, progressiven Ideen zuzuhören, die sie früher sofort zurückgewiesen haben.

Die soziale Protestbewegung war das geheime Strategieprojekt von Hadash (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit). Was früher geleugnet wurde, wird nicht mehr geleugnet. Khenins Genossen standen hinter der Beinahe-Revolution, die das Land durchgeschüttelt hat: Sie waren die Vordenker und Organisatoren

---

[1] Vgl. Nehemia Shtrasler: „It's the economy, stupid (II)", in der Menüleiste „Berichte aus Nahost" vom 13.01.2013 und den Kommentar „It's the economy, stupid (I)" in der Menüleiste „Veröffentlichungen" dieser Homepage.

und die verantwortlichen Erwachsenen hinter Daphni Leef und Stav Shafir *[beide Protagonisten der Proteste]* und den Hunderttausenden, die sie nach außen hin führten.

Doch weil Kommunisten ernsthafte Menschen sind, zogen sie davon nie Gewinn, schütteten ihre Früchte nicht den Medien aus und gewannen kein politisches Kapital aus der subversiven Massenbewegung, die sie anführten. Erst jetzt, als wir in dem alten, charmanten Gebäude in der Achad-Haam-Straße in Tel Aviv zusammensitzen, folgt eine Geschichte der anderen auf den Fersen. … Sozialismus kann nicht ohne Demokratie und Demokratie kann nicht ohne Sozialismus existieren, führt er *[Khenin]* aus."

Quelle: Ari Shavit: The ideological optimism of Hadash und Meretz, in „Haaretz" 18.01.2013.

„Wir müssen die Liste der nationalen Prioritäten verändern, wenn wir eine politische Vereinbarung [mit den Palästinensern] erreichen wollen. Wenn wir das tun, sparen wir mehr als 1 Milliarde Neue Shekel [≈ mehr als 200 Millionen Euro] pro Jahr, die heute in isolierten Siedlungen *[außerhalb der drei großen Siedlungsblöcke Gush Etzion, Maale Adumim/Jerusalem und Ariel]* investiert werden. Es würde uns auch erlauben, 5 Milliarden Neue Shekel *[≈ mehr als 1 Milliarde Euro]* dem Verteidigungshaushalt zu entnehmen. Außerdem sollten wir alle Zahlungen einschränken, die wie die Kinderzuschläge nur an die Ultraorthodoxen gehen und die 2009 und 2011 erhöht wurden."

Quelle: Tsipi Livni, Vorsitzende der Partei „haTnuah (Die Bewegung") in dem Gespräch mit Meirav Arlosoroff and Sivan Klingbail: Livni talks to Haaretz about politics, economics, and the ‚greatest tragedy facing Israel', in „Haaretz" 18.01.2013.

„Die meisten der Befragten [in der jüngsten Umfrage] (47 Prozent) bezeichnen die sozialökonomischen Probleme ist den am stärksten bestimmenden Faktor ihrer Wahlentscheidung *[am 22. Januar]*, weit abgeschlagen folgen das palästinensische Thema (18 Prozent) und die ultraorthodoxe Konzeption.“

Quelle: Yossi Verter: Haaretz poll: Israel’s right wing bloc drops to 63 seats, center-left rises to 57, in „Haaretz” 18.01.2013.

Nach einer Untersuchung des sozialwissenschaftlich orientierten „Taub Center” in Jerusalem muss die israelische Regierung inzwischen genauso viel für Zinsen und Tilgung ausgeben wie für Bildung.

Quelle: Christian Wagner: Israel vor der Wahl. Was ist aus der Protestbewegung geworden? „Deutschlandradio“ 19.01.2013.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-